

Dresdner Nachrichten

41. Jahrgang

Alle Neuheiten eingetroffen
Anzugs- u. Ueberzieherstoffen für Frühjahr u. Sommer
J. Unbescheid & Söhne, Einzel-Vorkauf:
Neuberggasse 2.

Dresden, 1896.



Preslist gratis und franco.
Carl Plaul,
Dresden, Wallstrasse 25.
Fonogramm No. 12.

Belegblätter
Verkauf von Belegblättern
für die Zeitungs- und
Druckerei-Industrie
in Dresden
No. 11.

Glaswaaren

jeder Art aus den bedeutendsten Glashütten des In- und Auslandes, empfehlen in reichhaltiger Auswahl
W. H. Rühl & Sohn, Kgl. Hoflieferanten,
Neumarkt 11, Fernsprechstelle 1119.

„Invalidendank“

Dresden, Seestraße 6, I.
Fernsprechstelle 1117.
I. Annoncen-Expedition für alle Zeitungen.
II. Billet-Verkauf für die Dresdner Theater.
III. Effekt-Controlle unter Garantie.
IV. Collection derächs. Landeslotterie.

Seidenstoffe

Hohensteiner Seidenweberei
„Lotze“
Hohenstein 1. S.

Solide, elegante deutsche und englische Tuchwaaren

empfehlen in grossartigster Auswahl billigst C. H. Hesse, 20 Marienstrasse 20, Ecke Margarethenstrasse (3 Raben).

Ar. 32. Spiegel: Spaltung im Centrum. Französische Meinung. Der kleine Boris. Hofnachrichten. Neues Marktheim. Rhythmisches Witterung. Musikalische Witterung. Sonntags, 2. Februar.

Politisches.

Die Erklärung der 55 Centrumsblätter gegen den Grafen von

den Leiter des Rheinischen Bauernvereins wird allgemein bemerkt, weil sie gewissermaßen das parteiöffentliche Siegel auf die Blätter gar nicht oder doch nur andeutungsweise zugegebene Thatsache drückt, daß auch der feste Thurm des Centrums den nagenden Einflüssen von Wind und Wetter in der Politik auf die Dauer nur bedingungsweise Widerstand zu leisten vermag. Schon vor einigen Jahren wurde die Unvermeidlichkeit der jetzt eingetretenen Spaltung von dem früheren Redakteur der „Germania“, Dr. Paul Rajunko, der in der Zeit des Kulturkampfes auf einem sehr exponierten Posten stand, vorausgesehen. Damals brachte aber die Vormarsch, nach der Regel, daß der Prophet nichts gilt in seinem Vaterlande, ihren Verkündiger nur laune Mienen und unbehohlenen Mißvergnügen auf Seiten seiner ehemaligen politischen Freunde ein. Heute, wo die Thatsachen sich ihm heucheln, läßt sich auch der unbewusste Wahrer wieder vernehmen, indem er in einem schließlichen Blatte die katholischen Wähler seines Bezirkes auffordert, für die agrarischen Forderungen einzutreten. Das nunmehr die bisher latente Gegensätzlichkeit zwischen den agrarischen und den industriellen Elementen des Centrums zum offenen Ausdruck gekommen ist, darf zwar nicht zu der Meinung verleiten, als habe nunmehr die Stunde des Centrums überhaupt geschlagen. Die weitere politische Entwicklung würde die Verfechter dieses vorkleinlichen Glaubens sehr bald eines Besseren belehren. Es erscheint daher ganz unnütz, daß die politischen Gegner sich aus Anlaß der jetzigen Krisis dazu anschicken, die Erblichkeit des Centrums unter sich aufzuteilen. Man soll den Halm des Fuchses nicht eher verhandeln, als bis man den Fuchs selber hat. Gleichwohl haben die jüngsten Vorgänge im Centrum ein allgemeines politisches Interesse insofern, als sie auf's Neue in ganz besonders eindringlicher Weise die ungeheure Schwierigkeit vor Augen führen, die unter den heutigen Verhältnissen die Zusammenfassung verschiedenartiger Interessengruppen innerhalb eines politischen Parteilumpes darstellt. Demokratie und Aristokratie, Industrie und Landwirtschaft, das Alles wurde bisher im Centrum an einander gefesselt durch den in der Weisheit des Kulturkampfes zusammengewachsenen eisernen Keil der kirchlichen Dogmen. Diese einst unzerbrechlich erscheinende Fessel aber ist allmählich durch das Entgegenkommen von staatlicher Seite mehr und mehr gelockert worden und kaum fühlten die der demokratisch-industriellen Mehrheit widerstrebenden Elemente adelig-agrarischen Charakters im Centrum, daß sie Unbogenfreiheit erhielten, da schlüpfen sie auch schon in's Freie und begannen sich selbstständig zu regen, getrieben von dem heute Alles beherrschenden Faktor des wirtschaftlichen Egoismus, der so lange, als er nicht über die Grenzen der von der Selbsthaltung gebotenen Nothwehr hinausgeht, ungewissheit nicht nur berechtigt, sondern notwendig ist. Im Uebrigen ist es ganz natürlich, daß eine vorwiegend industrielle Gegend die industriellen Interessen in den Vordergrund stellt, während eine in erster Linie adelsbauernbetriebe Bevölkerung den Interessen des Grund und Bodens ihre Hauptaufmerksamkeit zuwenden wird. Die wirtschaftlichen Bestimmungsgründe drängen also auf eine regionale, berufsständische Vertretung hin und treiben fortgesetzt einen Keil in die bestehende rein politische Parteivertretung, wie sich das z. B. auch an der nationalliberalen Partei zeigt, in der eine ähnliche regionale Scheidung wie im Centrum bereits seit längerer Zeit sich deutlich bemerkbar macht. Wenn also aus der Krisis des Centrums für unser gesammtes politisches Leben eine Lehre zu ziehen ist, so ist es diese, daß die Unzulänglichkeit einer mangelnden berufsständischen Vertretung in unserem öffentlichen Leben sich immer schlagender am Leibe der alten politischen Parteien herausstellt. Gerade das erworgene, unnatürliche Nebeneinanderwohnen heterogener wirtschaftlicher Elemente innerhalb desselben politischen Parteiverbandes ist ein Hauptgrund für die endlosen Parteistreitigkeiten, in deren dumpfer Atmosphäre jedes gesunde Leben zu erlöschen droht. Zusammengepreßt in unlogisch konstruirten Verbänden, reiben sich die wirtschaftlichen Interessen an einander und erzeugen eine gewaltthätige elektrische Spannung im öffentlichen Leben. Hoffort man dagegen die einzelnen wirtschaftlichen Kräfte, wie es durch eine berufsständische Vertretung geschehen würde, so können sie im gegenseitigen Zusammenwirken mit der Wahrnehmung des eigenen Interesses zugleich die stetige Hebung der allgemeinen Wohlfahrt erzielen. Ein preussischer Minister wäre dann der für unser Volk beschämenden Nothwendigkeit überhoben, erklären zu müssen, daß er eine an sich regensreiche Maßregel nicht vorschlagen und durchführen könne, weil die daran sich knüpfenden Parteistreitigkeiten nur der Sozialdemokratie zu Gute kommen würden. Das ist zwar Zufunftsmissen, aber sie kann und muß wahr werden, wenn der heutige Parlamentarismus fortfährt, sich sein eigenes Grab zu graben.

Wie die Dinge augenblicklich liegen, ist keine Aussicht vorhanden, daß der verloren Sohn der modernen Kulturwelt sich diesem werde. Die „Reinigungsbestrebungen“, die man augenblicklich in Frankreich macht, werden als parlamentarisches Pariafest ebenso wenig nachhaltigen Erfolg haben, wie das Butim der Juden, das sowohl den Jersall und die Korruption des jüdischen Volkes nicht zu verhindern vermocht hat. Neugierig machen zwar unter dem Eindruck der augenblicklichen „Entzerrungsbewegung“ Leute, die sich sonst um die Moral nicht einen Pfifferling kümmern, weil sie keinen Kurzwert hat, vor ihr eine tiefe Verbeugung.

Innertlich aber denken sie dabei an den Augenblick, da sie den nickenden Pagoden-Royal mit einem Faustschlage zerstampfen und an seine Stelle wieder den Gott ihres eigenen Gefühls setzen werden. Così fan tutte! So machen es Alle! Die Douptsche ist, daß es Niemand merkt, oder wenn es doch gemerkt wird, die Kunst des „Herausziehens“. Diese ist aber leider nicht allen Ex-priestern der Moral gleich geläufig, ein Mißstand, der dieser Tage in einem „böhmischen“ Blatte folgenden wohlthätig klüßlichen Stoß-leufer zu Tage förderte: „Es ist eine alte Erfahrung, daß ehrliche Leute, wenn sie einmal auf einer Unrechtheit (!) erlappt werden, sich viel weniger gut herausziehen wissen als Schurken von Profession.“ Wirklich, es ist ein handgreiflicher Mangel im Schöpfungsplan, daß man den armen, unbeholfenen „ehrliehen“ Leuten so sehr auf die Finger weist, wenn sie sich ab und zu einmal einer kleinen Unrechtheit schuldig machen! So denkt man und so handelt man und dabei soll noch der Glaube an die Möglichkeit bestehen, daß es bei der Fortdauer des rein parlamentarischen Regimes besser werden könnte! Vorausgesetzt wird man dann auch in Paris bald aufhören mit den vergeblichen Versuchen, die leitenden französischen Männer zu tugendhaften republikanischen Staatsbürgern zu machen. Der neue Diogenes geht unher mit der Laterne und sucht sein Tugendideal. Je tiefer er aber in alle Winkel leuchtet, desto trostloser staert ihm Staub und Schmutz entgegen und desto fester wurzelt bei ihm die Leber-zeugung, daß alle Reinigungsversuche diesem Wais von Unanbarkeit spotten. Ein Fall jagt förmlich den anderen. Noch ist der Geist des armen Leibauch nicht zur Ruhe gekommen, da taucht schon das tollkühnliche Standesgeheimnis am Horizonte auf und im Anschluß daran geht eine neue Heze gegen das Ob erhaupet der Republik in Scene. Da giebt es nur eine Rettung: das alte parlamentarische Gebäude muß auf Abbruch verkauft und ein neues, in dem allein die öffentliche Wohlfahrt als Königin thronet, an seine Stelle gesetzt werden.

Stöcklich schreibt der neue Diogenes aus seinem Sinnen empor und ein freudvolles Lächeln verleiht sein durchsuchtes Antlitz. Aus der politischen Kinderstube in Bulgarien tritt eine helle Knabenstimme an sein Ohr, mit der der kleine Boris seinen zurückgekehrten Herrn Papa begrüßt und ihm zuruft: „Papachen, hast Du mir was mitgebracht?“ „Ei freilich, mein Herzensjunge!“ erwidert ihm Ferdinand, allerdings mit etwas unertölicher Miene. Die nicht recht zu der Freude des Wiedersehens passen will. „Denke Dir nur, Du sollst ein orthodoxer Russe werden.“ „Väterchen“ in Petersburg will Dein Pathe sein und Du sollst dann in Zukunft nicht bloß Boris, sondern auch noch Nikolaewitsch heißen.“ Was der kleine Boris zu diesem „Geheimnis“ sagt, ist nicht bekannt geworden. Möglich, daß es ihm gefällt, denn er ist ein sparter kleiner Kerl. Wenn man seinen Namen umkehrt, so ergibt das „Boris“, also etwas recht Süßes. Vielleicht deutet das darauf, daß der kleine Boris später einmal verheiratet wird, aus allen Blumen Honig zu saugen, wie es sein Herr Papa ja auch verübt hat, allerdings mit mangelndem Erfolg. Die Laufbahn des jungen Boris hat einstweilen recht verheißungsvoll begonnen. Seine kleine Persönlichkeit ist sogar im Stande gewesen, einen Augenblick die Kurie der Berliner Bärse in's Weichen zu bringen! Möge er also mit seinem Papa die jetzige „Krisis“ — Manche fürchten, es werde aus Anlaß der Frage des Glaubenswechsels in Bulgarien Alles in die Brüche gehen, auch der Thron Ferdinands — glücklich überleben!

Vor 25 Jahren.

Bontarlier, 2. Februar. Die französische Armee wurde am 30. 31. und 1. in mitunter heftigen Kämpfen gegen die Bulgaren, besonders bei La Caine, zwischen Bontarlier und der Grenze, vollständig in's Grenzgebirge zurückgedrängt. Es fielen in die Hände der Sub-Armee 2 Adler, 19 Geschütze und 1000 Mann. 2 Generale, gegen 15,000 Soldaten, viele Hundert Proviantwagen und zahlreiches Material an Waffen. Eigener Verlust etwa 600 Mann todt und verwundet. General Dann v. Wessern hat gestern nach leichtem Gefechte Dijon genommen.

General v. Wanteuffel hat durch die Operationen der letzten Tage die ihm gegenüberstehende feindliche Armee in das Grenzgebirge gedrängt und bereit umstellt, daß derselben nur die Wahl zwischen der Kapitulation und dem Uebertritt auf Schweizer Gebiet blieb. Die Versuche der feindlichen Generale, sich durch unbedingte Verweigerung auf die zu Versailles abgeschlossene Konvention aus dieser Lage zu befreien, mußten mißlingen. Nach auswärtsigen Nachrichten soll der Uebertritt der feindlichen Armee in der Stille von ungefähr 80,000 Mann auf Schweizer Gebiet bereits erfolgt sein. Garibaldi, welcher sich gleichzeitig in Dijon in der Gefahr befand, umzingelt zu werden, ist diesen Schicksale nur durch eiligen Rückzug entgangen, nachdem auch er verurtheilt hatte, unzureichende Operationen durch Verweisung auf die Konvention zu hemmen. Dijon wurde am 1. nach leichtem Gefechte von untern Truppen besetzt.

Fernschreib- und Fernsprech-Berichte vom 1. Februar.

Berlin, Reichstag. Die Zulassung der internationalen Uebereinkommen von 1880 über den Eisenbahnfrachtverkehr wird debattellos angenommen. Es folgt die Verlesung des Justizgesetzes. — Bei dem Ausgabebetitel „Gebalt des Staatssekretärs“ wünscht Abg. Passermann (nl.), es möge bei der Revision des Handbuchsgebüchses auch auf die berechtigten Wünsche der Handlungsbekanntmachung Rücksicht genommen werden, bezüglicher betreffend die Ründigungsfrist und der Konkurrenzverbot. Er empfiehlt gesetzliche Festsetzung einer Minimalründigungsfrist und zwar von einem Monat. Der auszubeherrschenden Anwendung des Konkurrenzverbotes müßte vorgebeugt werden durch die Begrenzung der Verbotfrist unter Berücksichtigung der Höhe des Gehalts. Ein Konkurrenzverbot dürfe überhaupt nur zulässig sein, wenn der An-

gestellte dafür ein Äquivalent durch ein entsprechend hohes Gehalt empfangen. Auch müsse dem richterlichen Ermessen betreffs Verlesung der Vertragstrafe und Begrenzung der Verbotfrist Spielraum gegeben werden. — Staatssekretär v. Nieberding: Die verbindlichen Regierungen sind gewillt, bei Neuverteilung des Handbuchsgebüchses einen Ausgleich zwischen den Interessen von Arbeitgebern und Arbeitnehmern eintreten zu lassen. In den betreffenden Verhandlungen sind auch die Arbeitnehmer zugelassen worden und sie haben sich so einseitig geäußert, daß auf eine befriedigende Lösung zu hoffen ist. Bezüglich der Ründigungsfrist stehen die verbindlichen Regierungen auf dem Boden des vom Hause angenommenen bezüglichen Beschlusses, aber sie legen noch Zweifel, ob alle Bestimmungen derselben den Interessen der Gehaltenden entsprechen. Was die Konkurrenzfrage anlangt, so ist weder deren völliges Verbot zulässig, noch auch das Fortbestehen derselben völligen Vertragsfreiheit. Wir sind erstlich besorgt, daß es hiermit geht wie mit der Schneeflocke. Letztlich mit Konkurrenzverbot widerstreben der guten Sitte. Lebhaft erregt wurde das Volk durch die Urtheile des in Walsdorf verstorbenen Herrn Brauereiwetter. Ich erinnere an den Gammelschank-Prozess, in dem nicht die Schuldigen zur Anklage gestellt waren, sondern wie das ja überhaupt bei uns geschieht, Fremigen, an denen die Verbrechen der Missethäter zu fällen glaubten. Die Herr Brauereiwetter die Vertheidiger beschuldigte. Sie konnten überhaupt nicht feststellen und Sie haben sich nicht mit der Feston des Staatsanwaltes zu beschäftigen, sondern mit Ihrem Klienten, diese Anzeigen feingekleidet das ganze System. Herr Brauereiwetter hatte eine Rechtsbelehrung an die Geschworenen damit geschlossen: „Ich sage mich den Ausführungen des Herrn Staatsanwaltes Wort für Wort an.“ In einem anderen Falle sagte er: „Es ist unmöglich, daß Sie die Geschworenen den Angeklagten mildernde Urtheile bewilligen.“ Das in einer Rechtsbelehrung! Noch kurz vor seinem Tode sprach noch der Kranke an! Herr Brauereiwetter noch Urtheile gefällt. Da fragt es sich denn, ob nicht die Richter ein Vorwort trifft, die mit ihm zusammen ein Urtheil sprechen und die seinen Zustand längst erkennen mußten. Hat doch sogar ein Gerichtsdirektor gesagt: „Wir ihm ist nicht mehr auszukommen.“ — Präsident v. Buel: Mit Recht werden aber Personen müßte sich der Redner an den preussischen Justizminister wenden, dies könnte es sich doch nur um Mängel der Gesetzgebung handeln. — Abg. Singer: Ich frage den Herrn Staatsminister: Gedenkt er etwas zu thun, um solchen Mängeln in der Rechtspflege abzuhelfen? Im Rechtsbewußtsein des Volkes besteht jedenfalls die Auffassung, daß auf diese Weise gefällte Urtheile nicht fortbestehen dürfen und daß von geschworenen das Wiederannahmeverfahren unter solchen Umständen vorgeschrieben werden müßte. Das Mindeste, was ein Angeklagter verlangen darf, ist doch, daß seine Richter unanständig geübt normal sind. — Staatssekretär v. Nieberding: Soweit mir die Thatsachen bekannt sind, muß ich bestreiten, daß die Urtheile, an denen der Verstorbenen mitgewirkt hat, von ihm in fruchtloster Zustande gefällig worden sind. Geringe wenig haben die Kollegen des Verstorbenen seinen Zustand als krankhaft erkannt oder erkennen müssen. Ich bestreite auch dem Verstorbenen das Recht, auf solche beneidliche Behauptungen hin der preussischen Justizverwaltung Mißverleumdung vorzuwerfen. Hatte die Verwaltung in einem Einreise gegen den Verstorbenen Anlaß gehabt, so hätte es ihr an Mitteln nicht gefehlt. Auf enorme Demagogik und auf Zeitungsaufgaben hin konnte nicht eingetritten werden. Lassen wir den Todten ruhen. Sollten wirklich Urtheile unter Mitwirkung eines geistig kranken Menschen gefällt werden, so steht der Weg der Revision frei, auch hat die Justizverwaltung die Möglichkeit, das Verhalten auf Abhebung eines solchen Mißstandes einzusetzen. — Abg. Schröder (frei. Ver.): Das Vorgehen Singers beweist nur, daß man mit außerordentlichen Ueberehrungen auch die bedauerlichen Vorgänge um Gegenstand politischer Verhandlungen macht. (Beifall.) Man verlangt sogar, es sollen alle seit längerer Zeit von Herrn Brauereiwetter gefällten Urtheile rückgängig gemacht werden. Es ist aber doch unklar, zu behaupten: Wenn jemand geisteskrank ist, so sei man berechtigt, zu der Vermuthung, daß derselbe schon in früherer Zeit sich nicht in normalen Geisteszustand befunden habe. Dabei weist Verordner gar noch einen Kollegium von vier anderen ehrenwerthen Männern, denen nichts nachzusagen ist, vor, trotz angeblicher Kenntniß des Zustandes Brauereiwetters an dessen Urtheilen theilgenommen zu haben. In einem Ausnahmefalle liegt nicht der geringste Anlaß vor. — Abg. Schmidt-Barburg (Centr.): Ich habe vor Jahren einmal mit Herrn Brauereiwetter zusammengewirkt, aber von einer Gefühlsvermittlung nichts wahrgenommen. Ich habe bedauert, daß Brauereiwetter so oft seine persönliche Meinung ansprach vor Entschiedenheiten über die Schuldfrage, aber für vertheidigt habe ich ihn deshalb nicht gehalten. Jedemfalls hat auch hier Niemand an eine Gefühlsvermittlung Brauereiwetters gedacht, auch die Fülle nicht. Zeigen Sie mir ein Blatt, welches damals solch einen Verdacht geäußert hätte. Wenn Abg. Singer meint, es bedürfe größerer Garantien, so möge er bei der Justiznovelle Antzage stellen; ich werde mich ihm nicht entziehen. Justiznovelle bedürfte es eines Ausnahmefalles. — Abg. Lehmann (fr.): Ich muß Singer darin Recht geben, daß das Verbot nicht ein nicht vertheilbar ist, wie Urtheile bestehen können, an denen ein Geisteskranker theilgenommen hat. Die Vorwürfe gegen die anderen Richter finde ich nicht so sehr unangehörig und zwar deshalb, weil das Verhalten des Herrn Brauereiwetter geradezu trübsal für viele Forschende preussischer Gerichte war. (Beifall.) Die Richter finden gar nichts Ungewöhnliches mehr darin, wenn die Vorfinden von dem alten preussischen Grundbegriff abweichen, monach bis zur Feststellung der Schuldfrage dem Angeklagten und seinem Vertheidiger gleiches Recht gewährt wird wie dem Ankläger. Die Vorwürfe gegen die Justizverwaltung sind nicht ganz unbegründet. Eine aufmerksame Justizverwaltung hätte sich längst fragen sollen, daß Herr Brauereiwetter nicht an richtigen Pläne verleihe wäre vielleicht ein guter Ueberrichter gewesen. In diesem Augenblick ist jedenfalls die Revision unzulässig, weil die Zeit abgelaufen ist. Wollen Sie etwa alle Urtheile Brauereiwetters lösen? Das würde die Rechtssicherheit schädigen. Vornadonna wäre um Nothwendigkeit. Abhilfe bringt mir in der Kommission für die Justiznovelle gestellter Antrag, der das Wiederannahmeverfahren auch zulassen will bei nachweisbarer Unmündigkeit eines Richters zur Zeit der Urtheilsfällung. — Abg. Stobhagen (fr.) verbreitet sich über den Gegenstand im Sinne Singers und schließt: Ich behaupte, daß der Herr Staatssekretär auf unsere Frage nicht eine wohlwollendere Erklärung abgegeben hat und bitte Sie, das Gehalt des Staatssekretärs nicht zu bewilligen. (Beifall.) — Abg. Lüttgenau (fr.) verlangt Wiederannahmeverfahren im Oben-

W. Heinemann's Weinhandlung (Friedrichs- & Gröbe) Blasowitzer, 25. Hofstrasse, 25. # und Weinstuben